



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „„Demokratie leben!“ stärken und sichern“ (Drucksache 20/3788(neu))

Demokratiebildung und Extremismusprävention weiterführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Stärkung der Demokratie und die Prävention von Extremismus sind in der aktuellen gesellschaftlichen Situation nach wie vor unerlässlich. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass auch zukünftig diese Förderung der Demokratiebildung und die Extremismusprävention weitergeführt wird und entsprechend Finanzmittel in der Finanzplanung des Bundes bereitgestellt werden sollen. Unerlässlich für den Erfolg dieser Arbeit ist die dauerhafte Aktivität in der Fläche. Von daher ist es notwendig, dass zukünftig insbesondere das Engagement in den Ländern und den Kommunen erhalten bleibt. Im Zuge der dauerhaften Finanzierung ist auch die regelmäßige Evaluation, in welcher die Messung der Wirkung der einzelnen Maßnahmen noch höher gewichtet wird, zu begrüßen.

Die Demokratie in unserem Land und die demokratische Kultur stehen heute aus vielen Richtungen, von innen und außen, unter Druck. Insbesondere der politische Extremismus, der Islamismus sowie der Antisemitismus und die entsprechende Radikalisierung im Internet sind besonders in den Blick zu nehmen. Dies wird auch deutlich durch den Verfassungsschutzbericht 2024 des Landes Schleswig-Holstein, welcher einen Anstieg der politisch motivierten Kriminalität in nahezu allen Phänomenbereichen aufzeigt. Dabei zeigt sich in absoluten Zahlen weiterhin der Rechtsextremismus als wesentlicher Treiber auf dem Feld der politisch motivierten Kriminalität.

Neben der Prävention ist die Demokratiebildung ein wichtiger Baustein des Programms „Demokratie leben“.

Der Landtag Schleswig-Holstein begrüßt weiterhin, dass das Programm auch in der Arbeits- und Unternehmenswelt besser verankert werden soll.

Das Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein soll seine Arbeit wie bisher orientiert an den jeweiligen Phänomenbereichen fortsetzen.

Bei der Gewährung von Fördermitteln ist darauf Acht zu geben, dass die Geförderten sich nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Begründung:

Unsere Gesellschaft und unsere Demokratie stehen vor großen Aufgaben. Dem Erstarken des politischen Extremismus und des Antisemitismus sowie der wachsenden Anzahl islamischer Fundamentalisten muss aktiv begegnet werden. Hierfür sind gute Politik, Demokratiebildung und Extremismusprävention essenziell. Denn wir sehen uns nicht nur inländischen Extremistengruppen gegenüber. Der Landtag ist sich dessen gewahr, dass auch ausländische Akteure den Extremismus in Deutschland befeuern.

Die Verfassungsschutzberichte zeigen einen überdeutlichen Anstieg der politischen Kriminalität, die im Vergleich zum Vorjahr insgesamt über 50 % zunahm. Besonders auffallend im rechtsextremen Spektrum bleibt die hohe Anzahl an Propagandadelikten, Körperverletzungen und anderen Straftaten, wozu unter anderem Volksverhetzung und Beleidigungen zählen. Die Straftaten des linksextremen Spektrums zeichnen sich vor allem durch Sachbeschädigungen aus.

Wir sehen uns daneben einer internationalen Mobilisierungswelle des Dschihadismus gegenüber. Das Ziel des Dschihadismus ist es, durch Terror und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen die Politik zu Gegenreaktionen zu bringen, die unserer freiheitlichen Gesellschaft am Ende ihre Anziehungswirkung nehmen. Die relativ neue und verfangende Strategie der Dschihadisten zielt vor allem auf Jugendliche und junge Erwachsene. Dem sollte im Rahmen des Programms "Demokratie leben" verstärkt Rechnung getragen werden.

Insbesondere gilt es, die Radikalisierung über Social-Media-Plattformen und das Internet stärker ins Auge zu nehmen. Neben der notwendigen Stärkung der tatsächlichen Wirkung der Plattformregulierung soll "Demokratie leben" auch hier eine Rolle zukommen.

Antisemitismus ist das Fieberthermometer der Gesellschaft und ist sehr heiß gelaufen. Die unabhängige Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle in Schleswig-Holstein (LIDA SH) stellt in seinem letzten Bericht einen exorbitanten Anstieg antisemitischer Vorfälle fest, der sich im Vergleich zum Vorjahr fast verzehnfacht hat.

Antisemitismus hat Quellen aus vielen sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen, die sich trotz vielfältiger Gegensätze nur in dem Punkt einig sind, dass jüdischen Menschen - über Verschwörungsmythen - alles Übel der Welt zugeschrieben werden kann. Antisemitismus entspringt einer Weltanschauung, die eng mit vereinfachenden und allumfassenden Verschwörungsmythen verbunden ist,

die von Faktenresistenz und Hass geprägt sind und jüdischen Menschen das Böse in der Welt zuschreiben. Er hat dabei stets eine antidemokratische Stoßrichtung. Dem muss so entschieden entgegengewirkt werden, wie es irgend geht. Neben der anstehenden Änderung der Landesverfassung sollte dies auch im Rahmen des Programms "Demokratie leben" geschehen.

**Michel Deckmann
und Fraktion**

**Jan Kürschner
und Fraktion**